

Beschluss der Landesmitgliederversammlung

3.5.2016



Nichtständiger Parlamentsausschuss zur Erhöhung der Wahlbeteiligung

Es gibt keine formale Grenze, unter der in einer parlamentarischen Demokratie die Beteiligung an Wahlen die Legitimität der Wahlentscheidung und des Mandats grundsätzlich in Frage stellen würde. Die Ursachen für die seit langem im Trend sinkende Wahlbeteiligung sind vielfältig. Aber diese Entwicklung schwächt offensichtlich die Widerstandsfähigkeit und Bindungskraft der Demokratie. Daher stellen wir uns der Aufgabe, diesen Trend zu stoppen und hier vor allem der sozialen Spaltung in der Wahlbeteiligung entgegen zu wirken. Alle fairen und von den Bewerbern gemeinsam getragene Anstrengungen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung können zu mehr bürgerschaftlichem Engagement und damit zur Festigung der repräsentativen Demokratie beitragen.

Die Landesmitgliederversammlung ist der Auffassung, dass u.a. folgende Maßnahmen im Rahmen eines nichtständigen Parlamentsausschusses erörtert werden sollten:

- Besondere Wahlbeteiligungswerbung für Erstwähler wie z.B. bei der Wahl 2011. Die meisten Erstwähler können in Bremen an den Schulen gut erreicht werden; wenn junge Menschen sich von Anfang an an den Wahlen beteiligen, hat das eine lang anhaltende Wirkung. Die Behandlung an den Schulen strahlt auf die Familien und das gesamte soziale Umfeld aus.
- Eine parteienneutrale Haustür-Kampagne zur Mobilisierung von Nichtwählern: „Ihre Stimme zählt!“.
- Möglichkeit einer vorgezogenen Urnenwahl über längere Zeit an mehr öffentlichen Orten und Stimmabgabe am Wahltag in jedem Wahllokal. Beides setzt ein zentrales elektronisches Wahlregister voraus und kann erst bei der übernächsten Wahl eingeführt werden, weil 2019 wegen der gleichzeitigen Europawahl das nationale Wahlrecht gilt.
- In jedem Fall sollte Bremen mit anderen Bundesländern einen neuen Anlauf machen, das kommunale Wahlrecht für Drittstaatler durch Grundgesetzänderung zu ermöglichen. Denn das verweigerte Wahlrecht schafft in vielen Stadtteilen als Nebeneffekt Räume, in denen Wählen insgesamt keine Rolle spielt.